

## S A T Z U N G

der Stadt Papenburg zur Änderung der Satzung  
des Bebauungsplanes Nr. 35  
"Verlängerte Gartenstraße"

---.---.---.---.---

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 18.10.1977 (NGVB1. S. 497) in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18.08.1976 (BGB1. I S. 2256) und der Bau-nutzungsverordnung vom 15.09.1977 (BGB1. I S. 1763) und der Planzeichen-verordnung hat der Rat der Stadt Papenburg am 08.02.1979 folgende Satzung beschlossen:

Der textliche Teil des o. a. Bebauungsplanes erhält folgende Fassung:

### § 1

Garagen und sonstige Gebäude ohne Aufenthaltsräume und Feuerstellen (§ 12 (1) NBauO) sind nicht an Grundstücksgrenzen zulässig, die an öffentlichen Verkehrsflächen liegen.

### § 2

Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.

### § 3

(Kennzeichnung und nachrichtliche Übernahmen)

Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung zum Bebauungsplan vom 27.06.1974 dargelegt sind.

### § 4

Von folgenden Festsetzungen dieses Bebauungsplanes kann das Bauaufsichtsamt der Stadt Papenburg im Einvernehmen mit dem Rat der Stadt gemäß § 31 (1) BBauG Ausnahmen zulassen:

1. Stellung der baulichen Anlagen (Firstrichtung)  
- um 90° -
2. Zahl der Vollgeschosse  
- Abweichung um +1 Geschöß -

§ 5

Gemäß § 6 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 18.10.1977 (NGVB1. S. 497) handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,-- DM geahndet werden.

§ 6

Diese Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Emsland in Kraft. Mit dem Inkrafttreten tritt der textliche Teil (Satzung) des am 27.06.1974 vom Rat als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes außer Kraft.

Papenburg, den 04.09.1979

  
Bürgermeister



  
Stadtdirektor

**Genehmigt**

gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes  
vom 23. Juni 1960 i.d.F. vom 18. Aug.  
1976 (BGBl. I S. 2256)

Oldenburg, den 4. JAN. 1980

